



Pekings Problem mit der alten Seidenstraße

Islamische Minderheiten in Pekings Außenbeziehungen

amicus sharqi

Oktober 2023

Zusammenfassung

In den Beschreibungen über die sich intensivierenden Beziehungen zwischen China und Staaten des Mittleren Ostens fehlt vielfach ein Thema, von dem man erwarten würde, dass es eine Rolle spielen müsste: Die Lage der muslimischen Minderheiten im Westen der Volksrepublik. Eine Reihe von Gründen sind dafür ausschlaggebend. Zugleich bietet sich ein Beispiel für durchaus substantielle Differenzen, die trotz der Neuen Seidenstraßeninitiative und unterhalb geleiteter Staatspropaganda fortbestehen. Zweifel an der Festigkeit des Fundaments der auf Eigeninteressen basierenden Beziehungen sind die Folge.

ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

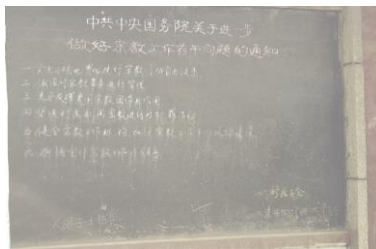
Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.

Analyse

Die Beziehungen zwischen der Volksrepublik China und arabischen Staaten intensivierten sich in den letzten Jahren deutlich. Der Einflussverlust der USA, die an Menschenrechten ausgerichtete Außenpolitik europäischer Staaten und die sich überschneidenden Interessen staatlich gelenkter Wirtschaftssysteme spielen dabei eine Rolle. Dagegen ist auffällig, dass die Behandlung muslimischer Minderheiten in der Volksrepublik durch Länder, die sich als islamisch bezeichnen, bei dieser Entwicklung entweder unbeachtet bleibt oder aber die Sichtweisen Pekings übernommen und auch deren eigene Sicherheitsmaßnahmen im Ausland unterstützt werden. Die Gründe dafür liegen auf der Hand. Kein Land, weder China noch die islamischen Staaten, haben ein Interesse daran, das wirtschaftliche Win-Win durch Misstöne zu beeinträchtigen. Die ansonsten häufig bemühte Umma, die Gemeinschaft der Muslime, hat in diesen Beziehungen keine Bedeutung. Darüber hinaus spiegelt sich in dieser Frage die Spaltung der islamischen Welt wider.

Verschiedene Aspekte prägen die Situation. Unterschiedliche ethnische Hintergründe der sunnitischen muslimischen Minderheiten in China, die Entstehung islamistisch-terroristischer Strukturen, der Einfluss ausländischer Sendungsbewegungen (Da'wa) und die grundsätzlich religionskritische Grundhaltung der KP sind einige der Facetten dabei. Seit dem Jahr 2018 kommt, neben der Verpflichtung von KP-Kadern auf eine marxistisch-atheistische Grundhaltung, eine von der Partei initiierte Kampagne zur Sinisierung des Islam in China hinzu, bei der es letztlich um eine Unterordnung unter politische und staatliche Regeln geht. Das langsame Eindringen des Islam in die heutigen westlichen Provinzen der Volksrepublik erfolgte über Jahrhunderte entlang der Seidenstraße, wobei persische Einflüsse bedeutsam waren. Dabei fanden Anpassungen statt, wie sie sich etwa in den alten Moscheebauten äußerten, die zentralasiatische oder chinesische Elemente aufgriffen. Seit den 1990er Jahren setzte jedoch eine Entwicklung ein, die zu der heutigen Situation führte.



*Religionsarbeit in Xinjiang in den 1990er Jahren – Aufforderungen zur Erziehung
zum Patriotismus und Stärkung der Aufsicht durch das ZK; Photo: amicus sharqi*

Sie ist geprägt durch Enttäuschung auf Seiten der Minderheiten und teilweiser religiöser Radikalisierung aufgrund sozialer Entwicklungsdefizite in Verbindung mit einer von außen kommenden Beeinflussung, wobei die Entstehung terroristischer Strukturen eine bedeutsame, aber nicht die einzige Rolle im späteren Umgang der KP mit den muslimischen Minderheiten spielte.

Mit dem „East-Turkistan-Islamic-Movement“ (ETIM)¹ hatte sich bereits vor zwei Jahrzehnten in dem autonomen Gebiet Xinjiang eine Struktur gebildet, die sich an anderen terroristischen Gruppierungen, wie der Islamistischen

¹ Hinsichtlich der tatsächlichen Strukturen existieren unterschiedliche Auffassungen, die jedoch an dieser Stelle ausgeklammert werden sollen. Eine andere Bezeichnung lautet Turkistan Islamic Party (TIP), die sich jedoch regional als umfassender begreift. Ein Beispiel für die Schwierigkeit von Zuordnungen mögen Terroristen aus Deutschland um das Jahr 2007 im pakistanisch-afghanischen Grenzgebiet sein, die sich der Islamic Jihad Union (IJU), einer Splittergruppe der IBU, anschlossen, ohne dass sie anfangs wussten, bei welcher Gruppe sie sich befanden. Entscheidend für diesen Beitrag ist, dass Personen aus Xinjiang in diesen terroristischen Strukturen Aufnahme fanden.

Bewegung Uzbekistan (IBU) orientierte. Das an Pakistan, Afghanistan, Kirgistan und Kasachstan angrenzende Gebiet, in dem Minderheiten unterschiedlicher sprachlicher Herkunft² leben, blickte bereits auf eine längere Geschichte von Bewegungen zurück, die nach Autonomie und einem eigenen Staatswesen strebten. In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts unter Kontrolle eines Warlords mit starker sowjetischer Einflussnahme, gefolgt von einer kurzen eigenen Staatsbildung unter Führung der uigurischen Minderheit, übten die Veränderungen nach 1990 auch auf diese Region Einfluss aus. Das Wiedererstarken des Islam in der gesamten zentralasiatischen Region und die Öffnung der Volksrepublik führten zu einer deutlichen Wiederbelebung des religiösen Lebens verbunden mit einer Hinwendung zu den traditionellen Zentren des Islam und dem regional benachbarten Pakistan mit aktivistischen orthodoxen Gruppen. Als Folge stellte sich eine Beeinflussung von nach Autonomie strebender turkstämmiger Gruppen mit islamistischem Gedankengut ein, aus der die ETIM hervorging.



Freitagsgebet in/vor zentraler Moschee in Urumuqi 2009; Photo: amicus sharqi

Der Rückzugsraum der Anhänger war über längere Zeit bis zur Entstehung des sogenannten Islamischen Staates in Syrien und im Irak die tribal areas im Norden Pakistans, wo auch die Kämpfer der IBU lebten. Mit dem Zusammenbruch staatlicher Gewalt in Syrien und Irak fand eine Verlagerung in den Mittleren Osten statt, die zugleich die Möglichkeit quasi-militärischer Ausbildung in einem echten Gefechtsszenario bot. Aktuell finden sich Kämpfer wieder bei unterschiedlichen Gruppen, die in Afghanistan ihren Aktionsraum haben. Währenddessen entfernte Washington die Gruppe von ihrer Liste von Terrororganisationen. Sie sei nicht mehr in Erscheinung getreten; daher bestünden Zweifel an ihrer Existenz. Medien vermuteten, dass es den USA darum ging, China ein Argument in seinem oppressiven Vorgehen gegen die Uiguren zu nehmen.

Dabei handelte es sich bei der Entstehung einer separatistische Ziele mit extremistisch-religiöser Begründung verbindenden Bewegung nur um ein Phänomen der einsetzenden Veränderungen. Ganz allgemein wandelte sich das Erscheinungsbild der Städte und Dörfer im südlichen Xinjiang, wo selbst in Weilern mit einfachen Wohnhäusern prächtige neue Moscheen entstanden. Parallel veränderte der durch die KP geförderte massive Bevölkerungszug aus dem Inneren der Volksrepublik den ethnischen Proporz insbesondere in den Städten der Provinz und schuf neues Konfliktpotential, wie es sich in einer Massenausbreitung mit Todesopfern im Jahr 2007 äußerte. Die Kluft zwischen der KP, die auf der Basis einer ‚sozialistischen Ideologie mit chinesischen Charakteristika‘ den in den Ostprovinzen Chinas erfolgreichen Wirtschaftsboom in die westlichen Grenzprovinzen tragen will, indem diese zu einem Hub für ganz Zentralasien ausgebaut werden und Vertretern einer Renaissance islamischer Werte in Verbindung mit Abspaltungstendenzen, kann nicht größer sein. Zudem

² Die politische Bedeutung des regionalen Sprachgebrauchs lässt sich an der jeweils genutzten Schrift ablesen, die in der Türkei, Usbekistan und unter den Uiguren genutzt wird. Während die Türkei sich bewusst für die lateinische Schrift entschied, schreibt man in Usbekistan Kyrillisch. China behielt die arabische Schriftform (mit Sonderzeichen) bei, um bewusst türkischen Einflüssen entgegenzuwirken.

herrscht auf beiden Seiten seit Jahren erkennbares Misstrauen. Wirtschaftlich kontrolliert seit den 1950er Jahren eine aus der Volksbefreiungsarmee hervorgegangene militärisch organisierte Einheit (Kurzform: bingtuan) das Wirtschaftsleben des autonomen Gebietes; politisch haben Vertreter der Minderheiten nur repräsentative, aber keine einflussreichen Posten inne.

Das Wirken einer chinesische Interessen bedrohenden islamistischen Terrorgruppe, die für verschiedene Anschläge in der Volksrepublik verantwortlich war und die auf Veranlassung Pekings auch international gelistet wurde, bot den Ausgangspunkt für die insbesondere unter Xi Jinping und dem letzten Parteisekretär Xinjiangs, Chen Quanguo³, zunehmende Oppression von Angehörigen der uigurischen Ethnie, die sich am sichtbarsten in Umerziehungslagern äußerte⁴. Dies war jedoch keineswegs die einzige Reaktion auf die beschriebene Situation. Die unter Xi Jinping eingeleitete ‚Sinisierung‘ des chinesischen Islam, der sich beispielsweise im Abriss von in einem als arabisch wahrgenommenen Stil erbauten Moscheen⁵ oder in vorgeschriebenen Verhaltensnormen bemerkbar machte, betraf auch die Hui⁶. Andere Beschränkungen und Kontrollen der Religionsausübung schlossen sich an.



Moscheenneubau in Ningxia ca. 2010; Photo: amicus sharqi

Die Reaktionen in der arabischen Welt auf diese Entwicklung fielen unterschiedlich aus. Berichte zur Verteidigung von Rechten der weitgehend sunnitischen Muslime durch staatliche oder offizielle Vertreter islamischer Staaten sucht man vergebens. Interessanterweise setzten sich Gesandte aus dem Umfeld des schiitisch-revolutionären Iran wahrscheinlich am ehesten für die ‚chinesischen Muslime‘ ein. Die Ausweisung einer Reihe von Personen aus arabischen Staaten auf Veranlassung Chinas weist vielmehr darauf hin, dass sich die Regierungen dieser Staaten der sicherheitsgeneigten Sichtweise Pekings anschlossen. Die Umerziehungslager, wenn überhaupt thematisiert, werden als moderne Weiterbildungseinrichtungen beschrieben, wie insgesamt die

³ Chen Quanguo (陈全国) war von 2011-2019 Parteisekretär in Xinjiang und Vollstrecker der nach dem Machtantritt Xi Jinpings einsetzenden Umerziehungssaktionen. Obwohl ein derartiger ‚hardship‘-Posten (zuvor war er noch in Tibet eingesetzt) tendenziell durch weitere Karriereschritte belohnt wird, wie etwa bei Hu Jintao, der Parteisekretär in Tibet war, verlor Chen auf dem 20. Parteikongress im Oktober 2022 seinen Politbüroposten und wurde mit der Funktion eines stellvertretenden Leiters einer KP-Kommission abgespeist. Bereits 2021 war er durch Ma Xingrui (马兴瑞), der zu den von Xi Jinping geförderten Kadern aus dem erfolgreichen chinesischen Raumfahrt- und Industrieprogramm zählt, abgelöst worden. Ma dürfte – mit etwas Vorsicht – als effektiver Manager von Xi Jinpings Vorgaben in Erscheinung treten.

⁴ Die entsprechenden Entwicklungen sind umfangreich dokumentiert, etwa <https://u.osu.edu/mclc/2019/11/17/the-xinjiang-papers/>

⁵ Eine umfassende Auflistung bestehender Moscheen findet sich in 中国清真寺纵览·宁夏人民出版社1995 mit der Darstellung von Hunderten von Moscheen auf fast fünfhundert Seiten; das Thema des Abrisses von Neubauten, das in der letzten Zeit kritisch aufgegriffen wird, wirft möglicherweise – ohne dass ein Nachweis möglich wäre – eine Reihe von Fragen hinsichtlich Baugenehmigungen, Finanzierung etc. auf, wodurch sich eine Bewertung von außen erschwert.

⁶ Die Hui sind eine weitere muslimische Volksgruppe, die in weiteren Westprovinzen leben.



Entwicklungsfortschritte Zustimmung⁷ erfahren. Selbst die Zerstörung von zahlreichen Moscheen im ‚arabischen‘ Stil, die in den gesamten westlichen Provinzen erfolgt und nicht auf das Gebiet der Uiguren beschränkt ist, bleibt unbeachtet. Der Unterschied zur regelmäßigen Kritik an islamophoben Tendenzen in Europa fällt ins Auge. Die Kooperation auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik hat sich unter der Überschrift der Terrorbekämpfung parallel zu den Wirtschaftsbeziehungen ganz offensichtlich intensiviert. Der Austausch von Sicherheitspersonal und die Ausbildung von Sicherheitskräften in der Volksrepublik ist eine der durchaus sichtbaren Folgen.

Zugleich wird auch bei diesem Thema die Spaltung der islamischen Welt sichtbar. Am deutlichsten kritisch die Situation der Uiguren thematisierend, indem sie insbesondere die Berichterstattung westlicher Medien aufgreifen, auf eigene Recherchen jedoch verzichten, sind Medien aus Qatar und der Türkei⁸, also aus Staaten, in denen Vertreter des politischen Islam besonders präsent sind. Die vorsichtige Kritik von Vertretern der schiitischen Revolution passt in dieses Bild. Dabei ist davon auszugehen, dass die dem politischen Islam nahestehenden Medien ihr Bild breit in die Gesellschaften der islamischen Staaten streuen, deren offizielle Kanäle das Thema vermeiden. Dabei befindet sich die Türkei in einer besonders zwiegespaltenen Lage. Kulturell und sprachlich den turkstämmigen Uiguren nahestehend und Exilort zahlreicher uigurischer Oppositioneller versucht die ideologisch den Muslimbrüdern nahestehende AKP, deren Präsident sich zudem als Sachwalter der Interessen turkstämmiger Völker sieht, offensichtlich einen Spagat. Offiziell wird chinesischen Positionen Rechnung getragen; unabhängigeren Medien und Unterstützergruppen aus dem Umfeld der uigurischen Opposition wird dagegen Freiraum gelassen.

Am Ende einer Entwicklung, die über einige Jahrzehnte erfolgte, stehen nur Verlierer. Die KP hat sich durch ein oppressives, allgemeine Menschenrechte missachtendes Vorgehen auf Jahre in ihrer Nationalitätenpolitik diskreditiert. Die Kriminalisierung einer ganzen Bevölkerungsgruppe trägt ihrerseits den Keim einer weiteren Radikalisierung von Teilen der Minderheit in sich. Das Fehlen differenzierterer Sichtweisen bei westlichen Politikern hat deren Einflussmöglichkeiten bei chinesischen Entscheidern begrenzt, während Wirtschaftssanktionen als mediale Zeichen des Protests in der Realität wirkungslos bis kontraproduktiv erscheinen. Die Regierungen islamischer Staaten, von denen am ehesten eine Solidarität zu erwarten wäre, übernehmen aus verschiedenen Gründen das chinesische Dogma der Nichteinmischung. Dabei dürfte die Abhängigkeit ihrer eigenen wirtschaftlichen Entwicklung von China ebenso eine Rolle spielen, wie die Sorge vor islamistischen Oppositionsbewegungen, auf die sich ihre Solidarität nicht erstreckt. Zugleich zeigt sich an der Behandlung des Themas, dass abseits des Zerrbildes inflationär errichteter ‚strategischer‘ Beziehungen zwischen der Volksrepublik und islamischen Staaten Verwerfung existieren, die allgemein unbeachtet einer über die wirtschaftlichen Überschneidungen hinausgehenden engen Kooperation wahrscheinlich im Wege stehen. Selbst einer der traditionell engsten Partner der Volksrepublik, Pakistan, tritt in Fragen der Beeinflussung durch islamische Orthodoxie besonders in Erscheinung und war zuletzt das Land mit der größten Anschlagdichte gegen chinesische Staatsbürger.

Anmerkungen: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.

Kontakt: amicus.sharqi@vodafone.de

⁷ Zuletzt Besuch einer OIC-Delegation in China im August 2023.

⁸ Z.B. al Jazeera und al Isteqlal